



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Arif Taşdelen, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt, Horst Arnold, Inge Aures, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

### **Schutzbedürfnis von Exil-Iranerinnen und -Iranern und deren Unterstützerinnen und Unterstützern in Bayern ernst nehmen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, das erhöhte Schutzbedürfnis der vor dem Regime der Islamischen Republik Iran nach Bayern geflüchteten Exil-Iranerinnen und -Iranern und den Deutsch-Iranerinnen und -Iranern sowie den mit der Bewegung „Woman-Life-Freedom“ solidarischen Personen in Bayern ernst zu nehmen und

1. dafür Sorge zu tragen, dass über die in der Community viel genutzten Social-Media-Kanäle in Deutsch, Englisch und Farsi darüber aufgeklärt wird, wie die bayerische Polizei Personen – insbesondere Frauen – schützt, die sich bedroht fühlen,
2. Anlauf- und Meldestellen einzurichten, die auf diese Personengruppe eingestellt sind und deren spezifische Bedrohungslagen kennen.

Die Staatsregierung wird weiter dazu aufgefordert, dem Landtag im zuständigen Ausschuss zeitnah über die Sicherheitslage – insbesondere über ihre Kenntnisse der Arbeit des iranischen Geheimdienstes in Deutschland und Bayern – der betroffenen Personengruppe und über die bereits laufenden Schutzmaßnahmen zu berichten.

### **Begründung:**

Am Samstag, den 12.11.2022 haben rund 4 000 Menschen auf dem Münchner Königsplatz demonstriert, um sich mit der iranischen Freiheitsbewegung zu solidarisieren. Ein Bündnis der „Woman-Life-Freedom“-Initiativen aus München, Stuttgart, Nürnberg, Erlangen, Ravensburg und Ulm hatte zu der Protestaktion aufgerufen, um die protestierenden Iranerinnen und Iraner im Iran zu unterstützen. Am Samstag, den 19.11.2022 gingen unter dem Motto „Woman.Life.Freedom.Munich“ erneut tausende Menschen in München auf die Straße und formulierten politische Forderungen.

Der Protest stand auch in Gedenken an die nur 22 Jahre alt gewordene Jina Mahsa Amini, die im Gewahrsam der sogenannten Sittenpolizei am 16. September 2022 mutmaßlich ermordet wurde. Ihr brutal herbeigeführter Tod war Auslöser für die größten Proteste in der Islamischen Republik Iran seit vielen Jahren.

Die Demonstration auf dem Münchner Königsplatz fügt sich ein in eine Reihe von Solidarisierungskundgebungen mit den Protestierenden im Iran. Auch in Berlin beispielsweise kamen zahlreiche Menschen zusammen, um für Gleichberechtigung, ein selbstbestimmtes Leben und politische Freiheiten – also für elementare Frauen- und Menschenrechte zu demonstrieren.

Im Zusammenhang mit den Protesten kam es leider auch hier in Deutschland zu Übergriffen. Vor etwa zwei Wochen wurde vor der iranischen Botschaft in Berlin eine Mahnwache von Unbekannten angegriffen. Bei der Auseinandersetzung zwischen den vier anwesenden Aktivisten und den vermummten Angreifern wurden drei Männer verletzt.

Bei einem weiteren Vorfall hat ein 26-jähriger Mann in Berlin Exil-Iraner angegriffen, die mit einem Zeltlager für Frauenrechte und Demokratie in ihrem Heimatland demonstrierten. Zwar wurde bei diesem Zwischenfall glücklicherweise niemand verletzt, die wahrgenommene Angst der Aktivistinnen und Aktivisten, der Demonstrierenden steigt jedoch an – auch hier hin Bayern.

Die Staatsregierung muss diese Bedrohungslage ernst nehmen und alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um dem erhöhten Schutzbedürfnis dieser Personengruppen Rechnung zu tragen. Niemand, der oder die für Frauen- und Menschenrechte protestiert, sollte sich bedroht fühlen. Das gilt in Bayern besonders, weil die Islamische Republik Iran mit einem Generalkonsulat in München vertreten ist.

Die Information und Aufklärung über bestehende Möglichkeiten in Bayern, Schutz zu bekommen bei individuell empfundenen Bedrohungslagen, muss über die Social-Media-Kanäle aufgesetzt werden. Dabei darf nicht nur in deutscher Sprache informiert werden, sondern auch in Englisch und Farsi. Das gewährleistet, dass auch alle die Informationen bekommen, die sie benötigen.

Eigene Anlauf- und Meldestellen für betroffene Personen sind nötig, da es sich um eine spezielle Bedrohungssituation handelt. Hier sind auch Dolmetscherinnen und Dolmetscher nötig.